# Finanzausschuss Protokoll Nr. FINA/01/2009

# über die öffentliche Sitzung am 27.01.2009, Rathaus, Rathaus, Sitzungszimmer 103

Beginn : 19:30 Uhr Ende : 22:20 Uhr

#### **Anwesend**

#### Vorsitz

Herr Tobias Koch

## **Stadtverordnete**

Frau Caroloa Behr i.V.f. Herrn Levenhagen

Herr Rolf Griesenberg Herr Detlef Levenhagen

Herr Horst Marzi

Frau Susanne Philipp-Richter i.V.f.. Herrn Conring

Frau Birte Voß

# **Bürgerliche Mitglieder**

Herr Dieter Brandt

Herr Michael Stukenberg beratend

#### weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Gisela Dietterlein Seniorenbeirat

Frau Anne Overbeck Kinder- und Jugendbeirat

#### Verwaltung

Herr Horst Kienel

Frau Angela Haase bis TOP 7
Herr Sven Wilke bis TOP 7

Frau Christiane Link

Herr Peter Röckendorf Protokollführer

# Es fehlen entschuldigt

# **Stadtverordnete**

Herr Christian Conring

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

# **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

- 1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2. Festsetzung der Tagesordnung
- 3. Einwohnerfragestunde
- 4. Genehmigung des Protokolls Nr. 08/2008 vom 25.11.2008
- 5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
- 6. Haushalt 2009 Budgets der Fachausschüsse 2008/175
- 7. Pavillon Rathausplatz 39 2008/180
- 8. Verschiedenes
- 8.1. Parkgebühren
- 8.2. Konjunkturprogramm
- 8.3. Anfrage des Kinder- und Jugendbeirates
- 9. Kenntnisnahmen

# 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Ausschusssitzung.

# 2 Festsetzung der Tagesordnung

Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 10. die Sitzungsvorlage 2009/ 009 "Gewerbesteuerangelegenheit – Niederschlagung einer Forderung" behandelt.

Mit dieser Ergänzung wird die Tagesordnung sowohl für den öffentlichen als auch für den nichtöffentlichen Teil festgesetzt.

# 3 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

# 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 08/2008 vom 25.11.2008

Sowohl der öffentliche Teil als auch der nichtöffentliche Teil werden ohne Änderungen genehmigt.

# 5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Auf den städtischen Konten sind zurzeit rd. 352.000 € verfügbar. An Tagegeld sind momentan 11,1 Mio. € angelegt. Mit dem nächsten Steuertermin am 15.02.2009 werden rd. 5 Mio. € an Einnahmen erwartet. Bis Ende Februar sind an Routineausgabe rd. 5 Mio. € zu leisten. An liquiden Mitteln stehen somit Ende Februar rd. 11,4 Mi. € zur Verfügung.

Das Tagegeld ist bei der Sparkasse zu einem Zinssatz von 3,5 % angelegt und ist jederzeit verfügbar.

Herr Koch bittet die Verwaltung, eine längerfristige Anlage über einen Teil der verfügbaren Mittel in 2009 zu überprüfen. Eventuell kommt eine Anlage über ein halbes oder sogar ein ganzen Jahr in Frage.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass der Haushalt 2009 erstmals am 25.11.2008 im Finanzausschuss beraten wurde. Mit Datum vom 22.01.2009 hat die Verwaltung eine 1. Änderungsliste zum Haushalt vorgelegt. Eine Beschlussfassung über das Budget des Finanzausschusses könne somit in der heutigen Sitzung erfolgen.

Herr Kienel ergänzt, dass Abschreibungen für die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens teilweise bereits den Produkten zugeordnet wurden (siehe Produkt Gemeindestraße).

Abschreibungen, die aus zeitlichen Gründen noch keinem Produkt zugeordnet werden konnten, wurden geschätzt und in der Änderungsliste in dem Produkt 61200/ Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft veranschlagt.

Weiterhin wurden mit der 1. Änderungsliste etliche Haushaltsansätze aufgestockt bzw. neu veranschlagt, da aufgrund der Umstellung keine Haushaltsreste aus dem Vorjahr übernommen werden können. Hierbei handelt es sich um ein Volumen von rd. 4,76 Mio. € (siehe Anschreiben zur 1. Veränderungsliste).

Herr Kienel erklärt, dass der Ergebnishaushalt mit dem Stand der 1. Veränderungsliste einen Überschuss von rd. 2,6 Mio. € ausweist. Nach dem jetzigen Stand kann 2009 davon ausgegangen werden, dass die Liquidität in 2009 durchgehend gegeben ist.

Herr Kienel erläutert weiterhin, dass sowohl Abschreibungen als auch aufzulösende Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge (Sonderposten) noch exakt zu ermitteln sind und auch den Produkten zugeordnet werden müssen.

Auf Nachfrage erklärt die Verwaltung, dass unter dem Produkt 11145.52201010 "Liegenschaftsverwaltung/ Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens" ein Haushaltsansatz für die Umlegung einer Gasleitung im Bereich der Hamburger Straße/ Woldenhorn (50.000 €) sowie ein Ansatz in gleicher Höhe für mögliche Bodenaustauschmaßnahmen auf einem Grundstück Ladestraße mit aufgenommen wurde.

Im Produkt Liegenschaftsverwaltung wird auch das Grundstücksgeschäft Gewerbegebietserweiterung Beimoor Süd II veranschlagt. Hier wurde insbesondere die Wertveränderung bei Sachanlagen für die zu veräußernden Flächen veranschlagt. Nach nochmaliger Überprüfung wurde dieser Ansatz erheblich nach untern korrigiert und nun mit rd. 2,5 Mio. € veranschlagt. Insbesondere diese reduzierte Wertveränderung ermöglicht es, einen Jahresüberschuss auszuweisen.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass die dargestellten Grundstücksgeschäfte im Ergebnishaushalt zu einem Aufwand von 2,5 Mio. € und einem Ertrag von 6,8 Mio. € und im Finanzhaushalt zu Einzahlungen in Höhe von 6,8 Mio. € und Auszahlungen zu 3,2 Mio. € führen. Sollte es nicht zu den geplanten Vertragsabschlüssen kommen, entsteht eine Haushaltslücke von 4,3 Mio. € bzw. 3,6 Mio. €

Weitere Anfragen bzw. Anmerkungen zum vorliegenden 1. Entwurf einschließlich 1. Änderungsliste gibt es nicht.

Anschließend werden die Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2009 beraten.

# 1. Antrag der FDP-Fraktion vom 14.01.2009 zu den Produkten 21810, 21700 und 21820. 21705

Herr Stukenberg erklärt, dass sich die FDP-Fraktion grundsätzlich mit den Schulen befasst hat. Die anstehenden Schulhofsanierungen sollten erst dann vorgenommen werden, wenn alle anderen Sanierungsmaßnahmen beendet sind. Außerdem sollte überlegt werden, dass die Containerklassenräume bei der IGS durch richtige Klassenräume (Anbau) ersetzt werden sollten. Hierdurch werden die Bedingungen für die Schüler verbessert.

Der Finanzausschuss befasst sich mit diesem Antrag und kommt zum Ergebnis, dass diese Maßnahmen in die Kompetenz des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses fällt. Lediglich die Bewirtschaftungskosten der Schulen fallen in die Zuständigkeit des Finanzausschusses.

# 2. Antrag der FDP-Fraktion vom 14.01.2009 zu den Produkten 4100/ Förderung des Sports und Produkt 28110/ Stiftung Schloss Ahrensburg

Die Verwaltung erklärt, dass der Zuschuss des Schützenhauses gemäß § 40 Gemeindehaushaltsverordnung Doppik als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten (GARA) zu behandeln ist. Dieser wird mit einem Satz von 10 % aufgelöst. In dem Jahr der Bezuschussung wird diese Position lediglich als Auszahlung im Finanzhaushalt dargestellt und in den Folgejahren als Aufwand im Ergebnishaushalt.

Der städtische Anteil für Ansammlung von Stiftungskapital für die Stiftung Schloss Ahrensburg ist nicht als Finanzanlage zu betrachten. Der Antrag der FDP-Fraktion wird von der Verwaltung aufgenommen und umgesetzt. Die Ansammlung von Stiftungskapital wirkt sich allerdings erst ab dem Jahre 2010 aus.

# 3. Antrag der FDP-Fraktion vom 14.01.2009 zu den finanziellen Auswirkungen des Schulgesetzes

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass das Land Schleswig-Holstein ein Investitionspaket mit einem Gesamtvolumen von 40 Mio. € verabschiedet hat.

Hiermit sollen bisher noch nicht vorgesehene Investitionen an Schulen gefördert werden.

Die Verwaltung wird gebeten, dass kurzfristig aufgelegte städtische Investitionsprogramm näher zu erläutern und dem Protokoll als **(Anlage)** beizufügen.

# 4. Antrag der FDP-Fraktion vom 14.01.2009 zu diversen Produkten (wegen Softwarelizenzen, Kopierkosten, Facilitymanagement, badlantic, Gebäudeleittechnik, öffentliche Bedürfnisanstalten)

Gemäß Beschluss des Hauptausschusses wurde die Anschaffung einer Facilitymanagement-Software bereits mit einem Sperrvermerk versehen. Die Gebäudeleittechnik und Brandschutzmaßnahmen stehen in

keinem Zusammenhang. Der hohe Aufwand im Bereich der öffentlichen Bedürfnisanstalten entsteht durch Mietzahlungen für die öffentliche Toilettenanlage bei der Bushaltestelle am Rathaus. Hierdurch entstehen Mietzahlungen von rd. 38.000 € jährlich.

Der Antrag zu diesem Punkt fällt in die Zuständigkeit des Umweltausschusses.

Die Vertreter der CDU-Fraktion erklären, dass deren Anträge andere Ausschüsse betreffen.

Die Anträge der GRÜNEN vom 26.01.2009 zum Radverkehrskonzept sowie zum Produkt ÖPNV "Erstellung einer Konzeptstudie Stadtbussystem Ahrensburg" fallen ebenfall in die Zuständigkeit anderer Ausschüsse.

Die Vertreter der SPD-Fraktion erklären, dass deren Anträge nicht in die Zuständigkeit des Finanzausschusses fallen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Kienel abschließend, dass die momentan im Produkt 61200 veranschlagten Abschreibungen über eine 1. Nachtragshaushaltssatzung nachgepflegt und auf die jeweiligen Produkte aufgeteilt werden.

Der Finanzausschuss stimmt über sein Budget inkl. Änderungsliste ab.

# Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Anfrage der FDP-Fraktion hinsichtlich von Ausgaben für Sachverständige, Gutachten, Expertisen etc. für die Jahre 2006 bis 2008 muss von der Verwaltung noch beantwortet werden. Die FDP-Fraktion wird jedoch gebeten, die Anfrage zu konkretisieren, ob auch Planungskosten für Baumaßnahmen oder z. B. B-Planverfahren gemeint waren.

## 7 Pavillon Rathausplatz 39

WAB, CDU, FDP und SPD stellen den Antrag, dass das Objekt Rathausplatz 39 bis auf weiteres nicht abgerissen wird. Herr Marzi von den GRÜNEN verweist auf die Sitzungsvorlage und erklärt, dass It. der Zentralen Gebäudewirtschaft das Gebäude nicht "zu retten" sei. Seines Erachtens hat sich hieran nichts verändert und die Sitzungsvorlage 2008/ 180 wird von ihm nicht infrage gestellt.

In der anschließenden Diskussion wird der Wunsch geäußert, dieses Objekt z. B. als Diskussionsforum zur Verfügung zu stellen. Das Objekt könne befristet für ein Jahr ehrenamtlichen Kräften zur Verfügung gestellt werden.

Die Verwaltung erklärt, dass aus Kostengründen der Abbruch vorgeschlagen wurde. Der Sanierungsaufwand wurde mit rd. 250.000 € kalkuliert. Alleine die sanierungsbedürftige Heizung würde einen Sanierungsaufwand von rd. 25.000 € verursachen.

Nach kurzer Diskussion wird die Sitzungsvorlage von der Verwaltung zurückgezogen. Die Verwaltung wird gebeten, die Angelegenheit zu überarbeiten und erneut vorzulegen. Dazu gehört auch die Vorstellung von verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten und die Erarbeitung einer Nutzungsvereinbarung. Sollte z. B. eine Nutzung für den Beeich Stadtmarketing in Frage können, ist darüber zuvor im zuständigen Hauptausschuss zu beraten. Die im Haushalt veranschlagten Aufwendungen für den Abriss des Pavillons sowie der Bau einer Toilettenanlage in der Garage des Rathauses in Höhe von 125.000 € werden nicht gestrichen und ggf. für eine Sanierung des Objektes herangezogen.

Die Verwaltung wird gebeten, die Angelegenheit auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses zu setzen.

#### 8 Verschiedenes

# 8.1 Parkgebühren

Herr Marzi fragt an, warum der Parkgebührenverzicht zu Beginn des Jahres auf dem Rathausplatz nicht im Finanzausschuss behandelt wurde. Seines Erachtens ist der Finanzausschuss hierfür zuständig.

Es wird erklärt, dass dieser Parkgebührenverzicht im Rahmen des Stadtmarketingprojektes im Hauptausschuss behandelt wurde.

## 8.2 Konjunkturprogramm

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass bereits im Haushalt veranschlagte Schulbaumaßnahmen nicht im Rahmen des Konjunkturprogramms gefördert werden. Weiterhin muss es sich um so genannte Bildungsinvestitionen handeln. Die bereits im Haushalt veranschlagten Schulhofsanierungsmaßnahmen sowie die Gebäudesanierung Grundschule Am Schloss können deshalb nicht gefördert werden. Energetische Optimierungsmaßnahmen werden im Rahmen des Konjunkturprogramms gefördert.

In diesem Zusammenhang wird angeregt, ggf. den Ersatz der IGS-Pavillons durch einen Neubau zu überprüfen, ob es sich hierbei um eine energetische Optimierungsmaßnahme handelt.

Auf Nachfrage erklärt Herr Koch, dass Straßenbaumaßnahmen grundsätzlich nicht gefördert werden, es sei denn, es handelt sich um Lärmschutzmaßnahmen. Er erklärt, dass die Anträge der CDU-Fraktion auf dieses Programm abgestellt wurden (z. B. Turnhalle Am Hagen und Sanierung der Stormarnschule).

# 8.3 Anfrage des Kinder- und Jugendbeirates

Der Kinder- und Jugendbeirat fragt an, ob bei der Grundstücksangelegenheit "Rückkaufsverpflichtungen im Gebiet Erlenhof" auch Belange des Kinder- und Jugendbeirates tangiert werden. Sollte dieses der Fall sein, bittet der Kinder- und Jugendbeirat um Teilnahme im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

# 9 Kenntnisnahmen

- Keine -

gez. Tobias Koch Vorsitz gez. Peter Röckendorf Protokoll